

## **Divestment – Investitionen der Stadt Augsburg und ihrer Beteiligungen und Stiftungen in nachhaltige – d.h. ethische, ökologische und klimaunschädliche – Finanzanlagen**

Eingebracht von Parents for Future auf der 89. Sitzung des Nachhaltigkeitsbeirats am 8.7.2021; aufbauend auf der Empfehlung des Nachhaltigkeitsbeirats „Divestment – Vermeidung von Investitionen der Stadt Augsburg und ihrer Beteiligungen in klimazerstörende fossile Energieträger“ vom 6.7.2017

### Empfehlung des Nachhaltigkeitsbeirates

Der Nachhaltigkeitsbeirat empfiehlt der Stadt Augsburg, Investitionen in ethische sowie ökologische und klimaunschädliche Finanzanlagen zu tätigen.

Folgende Schritte sind zu gehen:

1. Die Verwaltung berichtet, welche Richtlinien für städtische Finanzanlagen (Stadt, Töchter, Beteiligungen, Stiftungen etc.) aktuell gelten und wie dort im weitesten Sinne ethische, soziale, ökologische und klimaunschädliche Investitionen ausgewählt werden.

2. Die Verwaltung stellt dar, ob und wenn ja in welchem Umfang die Stadt und ihre Beteiligungen und Stiftungen Investitionen in unethische sowie unökologische und klimaschädliche Anlagen tätigen.

Im Detail sind dies insbesondere Investitionen in Anlagen und Unternehmen, die verbunden sind mit

- Exploration, Gewinnung und Nutzung fossiler Energieträger einschließlich Fracking
- Nutzung von Atomenergie
- Waffenproduktion einschließlich Atomwaffen
- Verstöße gegen die Menschenrechte
- Spekulationen im Bereich Agrar, Lebensmittel und Wasserversorgung
- Korruption
- Kinderarbeit

3. Die Verwaltung zeigt Möglichkeiten auf, wie und bis zu welchem Zeitpunkt solche Anlagen umgeschichtet werden können, beispielsweise die von der Stadt verwalteten Stiftungsgelder sowie die „nicht benötigten Kassenmittel [, die] als Festgelder bzw. Festgeldtreppe mit unterschiedlichen Laufzeiten angelegt wurden“ (Bericht nach der Finanzrichtlinie 2019, Kämmerei und Steueramt) und ggf. Beteiligungen an verbundenen Unternehmen.

Dabei soll auch geprüft werden, wie Augsburg Einfluss darauf nehmen kann, dass die von ihr genutzten Pensionsfonds unter Berücksichtigung von ökologischen und ethischen Kriterien bewirtschaftet werden.

4. Sobald diese Voraussetzungen geschaffen sind, entwickeln Finanzverwaltung und Stadtrat unter Einbeziehung zivilgesellschaftlicher Akteure eine nachhaltige Anlagerichtlinie. Dabei sollen auch Positivkriterien unter Berücksichtigung der Zukunftsleitlinien erarbeitet werden.

Orientierung bieten die Anlagerichtlinien verschiedener Städte (z.B. Münster -

<https://www.stadt->

[muenster.de/sessionnet/sessionnetbi/vo0050.php?\\_kvonr=2004039160&voselect=974](https://www.stadt-muenster.de/sessionnet/sessionnetbi/vo0050.php?_kvonr=2004039160&voselect=974)

[8](https://kommunales-divestment.de/material-ressourcen/leitfaden)) und der Leitfaden zum kommunalen Divestment und nachhaltigen Re-Investment (<https://kommunales-divestment.de/material-ressourcen/leitfaden>) von 2020, der

gefördert durch die Nationale Klimaschutzinitiative (NKI) der Bundesregierung erarbeitet wurde.

5. Es gibt jährlich ein Gesprächsangebot der Finanzverwaltung an interessierte Akteure aus dem Nachhaltigkeitsprozess (Agendaforen, Nachhaltigkeitsbeirat...) sowie einen öffentlichen Bericht im Stadtrat, in wie weit Investitionen bzw. Anlagen der Stadt Augsburg und ihrer Beteiligungen und Stiftungen in nachhaltige (nicht klimaschädliche, ethische und ökologische) Finanzanlagen erfolgen.

### Erläuterung:

Zunächst begrüßen wir ausdrücklich, dass sich die Stadt Augsburg mit dem am 17.12.2020 beschlossenen Klimaschutz-Sofortprogramm zu ihrer Verantwortung zum Pariser Klimaschutzabkommen von 2015 bekannt hat und zudem anstrebt, das ihr verbleibende CO<sub>2</sub>-Emissions-Budget von rund 10 Mio. Tonnen einzuhalten. Allerdings sind wir überzeugt, dass kommunales Divestment angesichts der jüngsten Entwicklungen als zusätzliche Maßnahme notwendig, angemessen und wirkungsvoll ist.

In den letzten Monaten und Jahren ist immer klarer geworden, mit welchem Tempo und in welchem Umfang die Klimakrise forschreitet. Die World Meteorologic Organization der UN meldet eine „unerbittliche“ Intensivierung der Klimakrise im Jahr 2020 – trotz der global heruntergefahrenen Wirtschaft. Das vergangene Jahr ist eines der drei wärmsten jemals gemessenen Jahre (<https://www.sueddeutsche.de/wissen/klimakrise-bericht-wmo-1.5269457>, Meldung vom 19.04.2021). Es gibt keine Indikatoren, die darauf hinweisen würden, dass sich die Klimakrise einer Entspannung nähert. Im Gegenteil. Im Dezember 2020 warf UN-Generalsekretär Antonio Guterres den Staaten schwerste Versäumnisse im Vorgehen gegen die Klimakrise vor: „Der Planet ist kaputt. Die Menschheit führt einen Krieg gegen die Natur. Das ist selbstmörderisch“, formulierte er.

Dessen ungeachtet zeichnet sich ab, welche Kräfte einer rettenden Transformation aktiv entgegenwirken: So haben die 60 größten Banken weltweit nach Abschluss (!) der Pariser Klimaschutzabkommens (2015-2020) 3,8 Billionen Dollar in Gas-, Öl-, und Kohle-Unternehmen investiert (<https://www.theguardian.com/environment/2021/mar/24/big-banks-trillion-dollar-finance-for-fossil-fuels-shocking-says-report>, Meldung vom 21.03.21).

Die Sachschäden und Verluste sowie die Kosten für aus der Klimakrise resultierenden Krankheiten zahlen nicht die Banken, sondern die zivile Solidargemeinschaft über Steuern und Krankenversicherungsbeiträge. Die Steuergelder, die der Staat, aber auch die Städte und Gemeinden in den Ausgleich solcher Schäden investieren müssen (z.B. Blow-ups auf Autobahnen, Ausgleichzahlungen an Landwirte wegen Dürre-bedingter Ernteaufälle, Kurzarbeitergeld für die Fa. Hengstberg ebenfalls wegen Ernteaufällen - alles 2018) fehlen an anderer Stelle für wichtige Projekte wie Digitalisierung oder Modernisierung von Schulen.

Es genügt deshalb nicht, wenn wir als Individuen unsere Lebensführung anpassen und als Stadt- und Landkreisgemeinschaft Bereiche wie Bauen und Mobilität transformieren. Sondern es ist darüber hinaus essenziell, auch die kommunalen Finanzen in die Transformationsstrategie einzubinden. Dass die Kommune ihre Mittel gezielt in ethische und ökologische Anlagen investiert, gehört nicht nur zur Vorbildfunktion. Vielmehr teilt auch das Bundesfinanzministerium (BFM) im März 2019 mit: Die von CDU/CSU und SPD gestellte „Bundesregierung will Deutschland zu einem führenden Sustainable-

Finance-Standort machen.“ Darüber hinaus müssten sich Finanzmarktakteure schon aus finanziellem Eigeninteresse mit den für sie aus der Klimakrise resultierenden wesentlichen Risiken und Chancen beschäftigen, schreibt das BFM weiter, und: „Nach Einschätzung der Bundesregierung kann Sustainable Finance unter Wahrung der Finanzstabilität einen Beitrag dazu leisten, die 17 globalen Nachhaltigkeitsziele der UN-2030-Agenda (Sustainable Development Goals) [...] und die Ziele des Pariser Klimaschutzabkommens von 2015 zu erreichen.“

Auch die BaFin (Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht), die unverdächtig ist, klimaaktivistisch zu agitieren, warnt in ihrem „Merkblatt zum Umgang mit Nachhaltigkeitsrisiken“

([https://www.bafin.de/SharedDocs/Downloads/DE/Merkblatt/dl\\_mb\\_Nachhaltigkeitsrisiken.html](https://www.bafin.de/SharedDocs/Downloads/DE/Merkblatt/dl_mb_Nachhaltigkeitsrisiken.html), aktualisiert am 13.01.2020) vor den Folgen des Klimawandels: „Die BaFin nimmt die aus dem Klimawandel resultierenden Risiken ernst. Die daraus resultierenden Schäden könnten sich bei Fortschreibung der gegenwärtigen Entwicklung auf weltweit bis zu 550 Billionen US \$ summieren.“ Die Nachhaltigkeitsrisiken inklusive des Klimawandels seien „noch stärker in den Fokus zu nehmen“ (S.12).

Als Teil des deutschen Staates kann und muss Augsburg handeln, indem es wie andere Städte, -Landkreise und Institutionen einen Divestment-Beschluss fasst und damit nicht nur ein weiteres deutliches Signal setzt, sondern auch eine wirksame Maßnahme ergreift. Diese Umleitung des Kapitals ist auch aus Sicht der Stadt sinnvoll, weil Investitionen in fossile Energieträger mit zunehmenden finanziellen Risiken behaftet sind und sich immer weniger lohnen (s.a. Hintergrundinformationen).

Unter einiger Presseaufmerksamkeit hat Münster als erste deutsche Stadt im Jahr 2015 erklärt, das Kapital ihrer Pensionsfonds aus klimaschädlichen Investitionen abzuziehen. Außerdem sollen in Münster strenge soziale und ökologische Standards bei der Bewirtschaftung der gesamten Stadtfinanzen gelten. Inzwischen haben europaweit über 1.000 Städte Divestment-Beschlüsse gefasst, unter anderem auch die Stadt Nürnberg, die wie Augsburg mit sehr knappem Budget wirtschaftet, und zwar unter denselben bundes- und landesrechtlichen Vorschriften für die Anlage von Vermögen wie Augsburg.

Wie sich außerdem gezeigt hat, schneiden nachhaltige Investitionen renditemäßig mindestens ebenso gut ab wie die klassischen Anlageformate. Eine Umorganisation der Geldanlagen hin zu nachhaltigen Anlagen wird ggf. jedoch auch unter Verzicht auf höhere Renditen vorgenommen.

## Beschluss

einstimmig auf der 90. Sitzung des Nachhaltigkeitsbeirat am 26.7.2021

gez.

Reiner Erben, Referent für Nachhaltigkeit, Umwelt, Klima und Gesundheit  
Dr. Norbert Stamm, Büro für Nachhaltigkeit